

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
liebe Leserinnen und Leser,

insbesondere durch den vorgezogenen Landtagswahlkampf und die dadurch leider liege gebliebene politische Arbeit in unserem Landesparlament gibt es erst jetzt wieder richtige Neuigkeiten aus Hannover. An dieser Stelle danke ich nochmal allen meinen Unterstützerinnen und Unterstützern, die mir zum Direktmandat in den Landtag verholfen haben.

Solch eine engagierte Unterstützung habe ich gefühlt noch nie zuvor erfahren. Danke! Meine Arbeit im Petitions- und Umweltausschuss darf ich fortsetzen. Nun habe ich im Petitionsausschuss sogar den Vorsitz inne und bin dadurch noch öfter in Hannover. Nach der Konstituierung sowie der Regierungsbildung stand jetzt im Januarplenum von Mittwoch bis

Donnerstag endlich wieder die Landespolitik im Zentrum des Geschehens. Zudem hatte ich Besuch von den Altersabteilungen der Hatter Feuerwehren.

Viel Spaß beim Lesen

Ihr und Euer



## Auf der Tagesordnung:

u. a.

### **Neuigkeiten im Bereich Schule**

#### **Förderung der Digitalisierung**

### **Effektiverer Hochwasserschutz**

#### **Verkehrskoordination stärken**

### Neuigkeiten im Bereich Schule

Am Mittwoch hat die SPD geführte Landesregierung zusammen mit der CDU ein neues Schulgesetz auf den Weg gebracht. Es sind drei wesentliche Änderungen angedacht:

**1. Förderschulen Lernen** sollen im Sekundarbereich I maximal bis zum Jahr 2028 weitergeführt werden können, wenn dies die Kommunen für pädagogisch sinnvoll halten und die Verlängerung mit einem Inklusionskonzept unterlegt wird. SPD und CDU sind sich einig, die Inklusion fortzusetzen, wollen die Rahmenbedingungen aber verbessern und den Kommunen sowie Praktikern vor Ort mehr Zeit dafür lassen.

**2. Das Einschulungsalter wird flexibler.** Damit reagiert die Landesregierung auf eine Petition von über 20.000 Menschen in Niedersachsen, die beklagt haben, dass die Kinder viel zu früh eingeschult werden würden. Weiterhin besteht für Kinder, die das sechste Lebensjahr bis zum 30. September vollendet haben die Schulpflicht, nun können die Eltern von Kindern, die zwischen dem 1. Juli und dem 30. September das sechste Lebensjahr vollenden allerdings frei entscheiden, den Schulbesuch um ein Jahr aufzuschieben. Dafür soll lediglich ein Antrag bei der zuständigen Grundschule eingereicht werden, weitere Voraussetzungen sind nicht notwendig.

**3. Die Vorschulische Sprachförderung** ist bisher von Lehrern in den Kitas unterrichtet worden. Nun wollen CDU und SPD die Möglichkeit schaffen, dass sowohl Lehrerinnen und Lehrer als auch Erzieherinnen und Erzieher diesen Bereich unterrichten können, um die Kinder sprachlich fit für die Schule zu machen.

### Förderung der Digitalisierung

SPD und CDU in Niedersachsen wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen, ohne dabei aber die Risiken auszublenden. Als einen weiteren Baustein dafür haben wir auch wiederum in erster Beratung über die Schaffung von Digitalisierungsprofessuren in allen Studienfächern an ausgewählten niedersächsischen Hochschulen debattiert, um international wissenschaftlich konkurrenzfähig zu bleiben und die Erforschung sowie (Weiter-) Entwicklung digitaler Technologien zu stärken. Außerdem wollen wir die Voraussetzungen für bedarfsgerechte Studienangebote zu Themenfeldern wie Data Science, Künstliche Intelligenz und IT-Sicherheit schaffen.

### Effektiverer Hochwasserschutz

Die Hochwasserereignisse in Niedersachsen häufen sich und schädigen private und berufliche Existenzen. Trotz der aufopfernden Arbeit vieler haupt- und ehrenamtlicher Hilfskräfte können die Wassermassen immer häufiger nicht mehr aufgehalten werden. Starkregen bedroht nicht nur Gebiete in Flussnähe. Die Vorhersagen prognostizieren noch extremere Hochwasserfälle. Um dem Einhalt zu gebieten, müssen in Niedersachsen noch viele Projekte für einen effektiveren Hochwasserschutz umgesetzt werden. Dafür machen wir

uns stark. Zum einen muss den Betroffenen im Rahmen einer Soforthilfe finanziell unter die Arme gegriffen werden. Zum anderen wollen wir die Hochwasserschäden genau analysieren, um künftig ähnliche Ereignisse zu verhindern. Die Erweiterung bzw. den Neubau von Talsperren oder Rückhaltebecken wollen wir überlegen, um den Schutz deutlich zu verbessern. Außerdem muss die Gewässerüberwachung, z. B. durch neue Pegel, optimiert werden. Maßnahmenpakete zusammen mit den Kommunen über die Landesgrenzen hinweg sollten forciert werden. Wir brauchen einen flächendeckenden integrierten Hochwasserschutz. Der Gesetzentwurf geht nun nach der ersten in weitere Beratungen.

### Verkehrskoordination stärken

In den kommenden Jahren stehen durch die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans 2030 erhebliche Baumaßnahmen auf den nieders. Autobahnabschnitten sowie Bundesstraßen an. Durch die zahlreichen Neu-, Weiter- und Ausbauten sollen insbesondere die Belastungen für die zahlreichen Pendlerinnen und Pendler im Umland von Hamburg, Bremen und Hannover verringert werden. Täglich fahren rund 400.000 Pendlerinnen und Pendler nach Hamburg, sowie zwischen 120.000 und 130.000 jeweils nach Hannover und Bremen. Wir wollen zum Beispiel die wachsenden Möglichkeiten der Verkehrslenkung in Echtzeit nutzen und ein intelligentes und digitales Baustellenmanagement nutzen, um den Verkehr zu entlasten und Staus zu vermeiden. Für die zahlreichen Baumaßnahmen wollen wir außerdem die Landstraßenbaubehörde stärken und den Beschäftigten eine Beschäftigungsgarantie geben.